

65 %

Eine große Mehrheit von 65 Prozent spricht sich in der Umfrage trotz Pandemie für Präsenzunterricht aus. Bei Eltern von Schulkindern liegt der Anteil sogar bei 76 Prozent. (GEA)

81 %

Mit der Unterrichtssituation zwischen den Herbstferien und Weihnachten waren die Eltern weitgehend zufrieden. 81 Prozent der Befragten gaben an, dass verlässlicher Unterricht stattfand. (GEA)

38 %

Mit Hoffnung blicken 38 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg auf die nächsten zwölf Monate. Doch der Anteil der Menschen, die dies mit Skepsis tun, liegt bei 30 Prozent. (GEA)

23 %

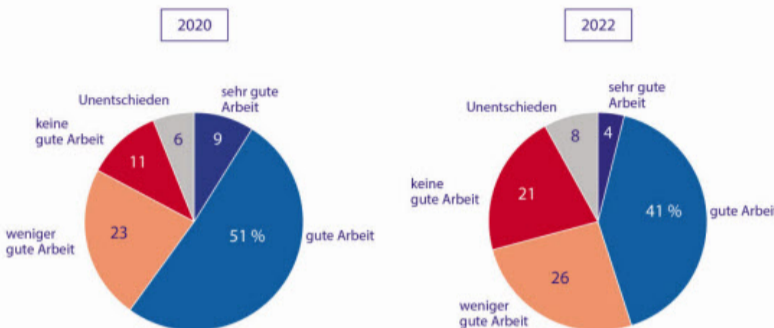
Fast ein Viertel der Befragten (23 Prozent) gab an, dass sie Manfred Lucha (Grüne) nicht kennen. Dabei ist es der Gesundheitsminister, der das Land durch die Corona-Pandemie führt. (GEA)

42 %

Immerhin 42 Prozent halten die Gesundheitsversorgung in der eigenen Region für begrenzt reduziert. 23 Prozent sprechen davon, dass die medizinische Versorgung stark beeinträchtigt sei. (GEA)

Weniger Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Landesregierung

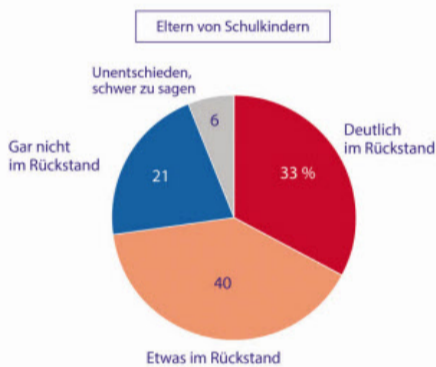
Frage: "Wie bewerten Sie die Arbeit der Landesregierung in der Corona-Krise: Würden Sie sagen, die Landesregierung leistet hier ..."



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 6161/I, 6164/II © IFO-Allensbach

Lernrückstand

Frage: "Einmal alles zusammengenommen: Glauben Sie, dass Ihr Kind durch die Corona-Krise mit dem Lernstoff deutlich im Rückstand ist, oder etwas, oder ist Ihr Kind gar nicht im Rückstand?"



Basis: Baden-Württemberg, Eltern von Schulkindern
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/II © IFO-Allensbach



Im Gespräch: Sozialminister Manfred Lucha (links) und Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

FOTO: SCHMIDT / DPA

BaWü-Check – Eine Allensbach-Umfrage zum Krisenmanagement der grün-schwarzen Landesregierung und zu den Defiziten nach zwei Jahren Pandemie

Warum unser Land so schlecht in Krise ist

VON DAVOR CVRLJE

REUTLINGEN. Eine neue Meinungsumfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen hat interessante Erkenntnisse zum Corona-Krisenmanagement der grün-schwarzen Landesregierung, zur Lage in den Schulen im Land sowie zur Stimmung der Bürger zutage gefördert. Ein Überblick:

■ Krisenmanagement

Die Menschen in Baden-Württemberg sind enttäuscht. Nach zwei Jahren Pandemie ist immer noch kein Ende in Sicht. Die Schuld an dieser Enttäuschung geben die Bürger der Landesregierung. Das ergab eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Württemberg. Die Zahlen sind eindeutig. Ende 2020 stellte noch eine Mehrheit von 60 Prozent dem Corona-Krisenmanagement im Land ein gutes Zeugnis aus. Nun sagen das nur noch 45 Prozent. 47 Prozent der Befragten ziehen eine kritische Bilanz, vor gut einem Jahr waren es nur 34 Prozent.

■ Schlechte Noten für Lucha

Noch schlechter fällt das Zeugnis für Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) aus, der die Impfkampagne und das Corona-Management verantwortet. Ein Viertel der Befragten kennt den Minister überhaupt nicht und gab daher keine Wertung ab. Doch die Menschen, für die Lucha ein Begriff war, kamen mehrheitlich zu einem negativen Urteil. 51 Prozent gaben an, mit Lucha unzufrieden zu sein. Lediglich 30 Prozent attestierten ihm bei diesem wichtigen Themengebiet eine gute Arbeit.

■ Was die Bürger ärgert

Besonders interessant ist der Blick darauf, was die Bürger am Krisenmanagement der Regierung ärgert. Unter denen, die das Krisenmanagement kritisieren, sagen 67 Prozent, dass sie die Maßnahmen als willkürlich und widersprüchlich empfinden. 66 Prozent bemängeln, dass die Maßnahmen ständig geändert werden und die Bürger so keine Planungssicher-

heit haben. Immerhin 61 Prozent kommen zu dem Schluss, dass die Landesregierung keinen politischen Plan hat, wie sie die Pandemie bekämpfen will. 50 Prozent kritisieren die wirtschaftlichen Schäden und 39 Prozent halten die Einschränkungen für übertrieben.

Wie gespalten die Gesellschaft in dieser heiklen Frage ist, zeigt sich, wenn man eine bestimmte Bevölkerungsgruppe betrachtet. Menschen, die die Arbeit der Landesregierung weitgehend positiv bewerten, stört vor allem, dass die Einhaltung der Corona-Maßnahmen zu wenig kontrolliert wird (48 Prozent). Jeder Dritte findet, dass die Maßnahmen nicht weit genug gehen. 30 Prozent kritisieren, dass die Landesregierung oft zu spät auf das Infektionsgeschehen reagiert.

■ Kritik an Schulpolitik

Bildungspolitik ist Ländersache und von daher ein wichtiges Themenfeld, um die Zufriedenheit der Bürger mit der Regierungsarbeit abzulesen. Baden-Württemberg als Land der Erfinder und Tüftler hat stets viel darauf gegeben, die jungen Menschen gut auszubilden. Doch bei Vergleichstests mit anderen Ländern fiel der Südwesten immer weiter zurück. Das wirkte sich auf die Stimmung aus. Bereits 2020 fiel die Bilanz der Schulpolitik kritisch aus. Diese Tendenz hat sich durch Corona verstärkt. Der Anteil, der der Schulpolitik gute Noten ausstellt, ist von 34 auf 27 Prozent gesunken. Gleichzeitig wuchs der Anteil der Bevölkerung mit einer kritischen Bilanz von 57 auf 60 Prozent. Fragt man nur die Eltern von Schulkindern, fällt das Urteil noch eindeutiger aus. In dieser Gruppe sind 68 Prozent der Eltern mit der Bildungspolitik unzufrieden. Einziger Lichtblick: Theresa Schopper, die neue Kultusministerin, ist zwar nicht so bekannt bei den Bürgern.

Dafür kommt sie bei den Menschen aber besser an. Nur 28 Prozent bewerten ihre Arbeit kritisch. Bei ihrer Vorgängerin, Susanne Eisenmann (CDU), sagten das 39 Prozent.

■ Lernrückstände

Ursache für die Unzufriedenheit der Menschen bei der Schulpolitik ist die Corona-Politik. Wegen der Pandemie gab es Schulschließungen und oftmals konnte kein Präsenzunterricht stattfinden. Das Ergebnis sind Lernrückstände. Bei der Umfrage gaben 73 Prozent der Eltern an, dass ihre Kinder einen Lernrückstand aufweisen. 33 Prozent sprechen von einem deutlichen Rückstand. Nur ein Fünftel der Eltern sagen, dass ihre Kinder nicht betroffen sind.

■ Schulausstattung

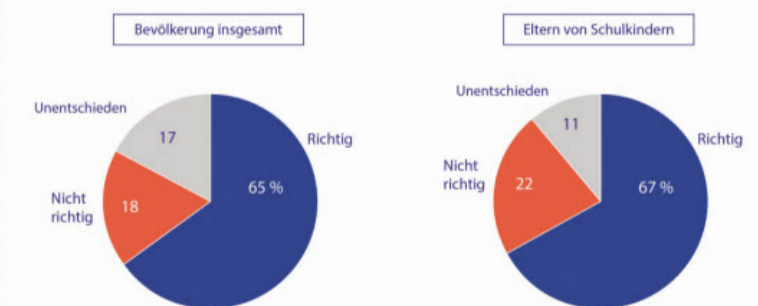
Für Enttäuschung bei den Eltern sorgt auch, dass der versprochene Modernisierungsschub mit digitalen Geräten nur begrenzt stattfand. Nur 20 Prozent der Eltern sagen, dass nach zwei Jahren Pandemie die digitale Ausstattung in den Schulen verbessert wurde. 60 Prozent sehen keine nennenswerte Verbesserung der Ausstattung. 15 Prozent machen unterschiedliche Erfahrungen, weil die Kinder auf verschiedenen Schulen unterrichtet werden. Nach zwei Jahren Corona ist das eine ernüchternde Bilanz.

■ Umfrage

Die Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach wurde im Januar 2022 durchgeführt. Dafür wurden 1 044 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahren geführt. Ergebnis ist, dass die Bürger im Südwesten weniger zuversichtlich in die Zukunft blicken als im Bundesschnitt. (GEA)

Breite Mehrheit für Präsenzunterricht

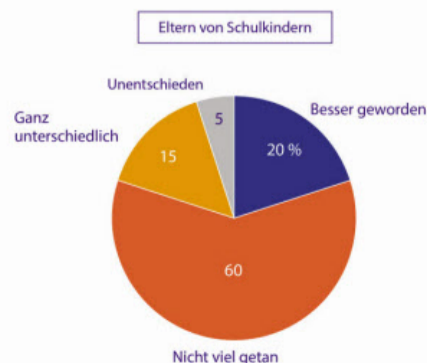
Frage: "Die Landesregierung hat sich ja festgelegt, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen auch während der Pandemie möglichst offen zu halten. Halten Sie das alles in allem für richtig oder für nicht richtig?"



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/II © IFO-Allensbach

Nach dem Eindruck der Eltern nur wenig Fortschritte bei der digitalen Ausstattung der Schulen

Frage: "Ist die Ausstattung der Schule mit Computern und anderen digitalen Medien durch die Corona-Krise besser geworden, oder hat sich da nicht viel getan?"



Basis: Baden-Württemberg, Eltern von Schulkindern
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/II © IFO-Allensbach

